

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 36 (1989)
Heft: 10

Rubrik: BZS Info = OFPC Info = UFPC Info

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Auswirkungen des Projektes «Armee 95» auf den Zivilschutz

Die von Bundesrat K. Villiger Ende Mai dieses Jahres vorgestellten Absichten hinsichtlich einer Neustrukturierung der Armee mit einer Herabsetzung der Wehrpflicht auf das 42. Altersjahr werden sehr direkte Auswirkungen auf den Zivilschutz haben. Diese werden zurzeit in Absprache mit den Kantonen bundesintern geprüft und mit den Abklärungen der Armee koordiniert. Neben den Kantonen sollen auch Vertretungen der Gemeinden und der interessierten Organisationen, wie des Schweizerischen Zivilschutzverbandes, in diese Arbeiten frühzeitig einbezogen werden.



Die Zivilschutzorganisationen der Gemeinden (ZSO) können auch weiterhin von den Behörden der Kantone und Gemeinden zur Unterstützung, Verstärkung oder Ablösung der spezialisierten Ersthelfer beigezogen werden.

Unsere Absicht ist es, die zu treffenden Massnahmen und ihre rechtliche Umsetzung so mit den Bestrebungen der Armee abzustimmen, dass ein nahtloses Ineinander-Übergehen sichergestellt wird. Ziel aller Massnahmen muss sein, den in der Verfassung und in den Zivil-

Vom Bundesamt für Zivilschutz (BZS)

schutzgesetzen umschriebenen Auftrag des Zivilschutzes, nämlich die Milderung der Folgen kriegerischer Ereignisse sowie die Hilfeleistung an die zu-

ständigen Behörden bei Notlagen in Friedenszeiten, sicherzustellen und im Rahmen des Möglichen zu verbessern. Aus der Sicht des Bundesamtes für Zivilschutz können die bisher aufgeworfenen Fragen wie folgt beantwortet werden:

1. Weiterführung der bisher von den einzelnen Partnern der Gesamtverteidigung wahrgenommenen Aufgaben

Wie anlässlich der erwähnten Pressekonferenz durch den Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes

ausgeführt worden ist, soll die Armee 95

- die Fähigkeit zur Katastrophenhilfe ausbauen,
- durch ein landesweites Bewachungsdispositiv den Schutz der kriegs- und lebenswichtigen Objekte im militärischen und zivilen Bereich sicherstellen.

Sollte im Rahmen der laufenden Überprüfungen trotzdem die Übertragung gewisser Aufgaben an andere Partner ins Auge gefasst werden, müssten diesen unabdingbar auch die nötigen personellen, materiellen und finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Unabhängig davon können und sollen die Zivilschutzorganisationen der Gemeinden (ZSO) auch weiterhin von den Behörden von Kanton und Gemeinde

zur Unterstützung, Verstärkung oder Ablösung der spezialisierten Ersthelfer beigezogen werden.

2. Beibehaltung der Luftschutztruppen

Unabhängig vom Ausbaustand des Zivilschutzes bleiben die Luftschutztruppen auch weiterhin das entscheidende Mittel zur Schwergewichtsbildung in Grossschadenlagen. Nur sie sind in Alter, Ausbildung und Ausrüstung so zusammengesetzt, dass sie diese Funktion übernehmen können. Sie sollten deshalb eher verstärkt als geschwächt werden. Dabei könnte diese Verstär-



Unabhängig vom Ausbaustand des Zivilschutzes bleiben die Luftschutztruppen auch weiterhin das entscheidende Mittel zur Schwergewichtsbildung in Grossschadenlagen.

kung auch in einer noch effizienteren Ausrüstung liegen.

3. Herabsetzung des Schutzdienstalters vom 60. auf das 52. Altersjahr

Das Schutzdienstalter ist mindestens im Ausmass der für die Armee vorgesehene Reduktion des Wehrdienstalters herabzusetzen. Damit wird für Wirtschaft und Verwaltung ein Potential an Kräften frei, das, wie dies Bundesrat Villiger umschrieb, in der Lage sein müsste, den «Weiterbetrieb der Schweiz» sicherzustellen. Die Herabsetzung der Gesamtdienstpflicht auf das 52. Altersjahr ermöglicht, Armee und Zivilschutz im Bereiche der Aktivdienstdispensationen wesentlich zu entlasten.

4. Grundsätzlicher Übertritt der Offiziere in den Zivilschutz nach Vollendung des 42. Altersjahrs

Die Armeestrukturereformen dürfen nicht zu einer Verschlechterung der erst neulich eingeführten Regelung für

den Übertritt der Offiziere zum Zivilschutz führen.

Anzustreben ist eine Lösung, die den Übertritt des Offiziers wie des Wehrmannes mit Vollendung des 42. Altersjahres vorsieht. Die Armee müsste dabei aber das Recht haben, zu bestimmen, welche Offiziere sie über die Altersgrenze von 42 Jahren hinaus für ihre Bedürfnisse tatsächlich benötigt. Diese Offiziere hätten dann grundsätzlich bis zum Ende ihrer gesamten Dienstleistungspflicht (z.B. 52. Altersjahr) bei ihr zu verbleiben.

5. Realisierung der Armee- und Zivilschutzreformen

Die Umsetzung der Ergebnisse der für Armee und Zivilschutz getroffenen Entscheide soll schrittweise erfolgen, mit dem Ziel, einen geordneten Übertritt der Heeresklasse Landsturm in den Zivilschutz, gepaart mit einer gestaffelten Entlassung der über 52jährigen Zivilschutzangehörigen, sicherzustellen.

Ein «einmaliger» Übertritt bzw. Entlassung müsste zur Folge haben, dass die dannzumaligen Führungs- und Spezialistenstrukturen der Zivilschutzorganisationen der Gemeinden gewissermassen ausbluten würden. Zudem würde mit einer solchen Lösung ein übergrosses Ausbildungsvolumen anfallen, denn einerseits wären die Grundausbildung der rund 170 000 übertretenden Wehrmänner sicherzustellen, andererseits gleichzeitig die Ausbildung der zu ersetzenden Führungskräfte und Spezialisten.

Mit der Neuregelung des Übertritts der Wehrmänner in den Zivilschutz sind auch die Weiterverwendung geeigneter Gegenstände der persönlichen Ausrüstung (insbesondere Schuhwerk, Regenschutz, Schutzmaske, Helm), die Einführung eines gemeinsamen Dienstbüchleins und ähnliche Fragen zu prüfen.

6. Einsatz des Zivilschutzes zur Nothilfe

Im Rahmen der armeeereformbedingten Anpassungen der Zivilschutzgesetzgebung sollen auch die rechtlichen Voraussetzungen für einen bestmöglichen Einsatz des Zivilschutzes zur Nothilfe geschaffen werden. Unabhängig davon sollen die Kantone und Gemeinden die im Bericht «Einsatz des Zivilschutzes zur Nothilfe» vom Dezember 1987 an ihre Adresse gerichteten Empfehlungen, die keine Änderungen der Rechtsgrundlagen bedingen, rasch und konsequent umsetzen.

7. Weiterer Auf- und Ausbau des Zivilschutzes

Da das Umsetzen der aufgrund der Abklärungen für die Armee und den Zivilschutz getroffenen Entscheide Zeit beansprucht und erst in einigen Jahren erfolgen wird, ist alles daran zu setzen, in der Zwischenzeit konsequent am weiteren Auf- und Ausbau der organisatorischen, ausbildungsmässigen und baulichen Massnahmen zu arbeiten. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Ausbildung und namentlich der sorgfältigen Vorbereitung und Durchführung der jährlichen Übungen in der Gemeinde zu. Letztlich geht es darum, zu verhindern, dass die gegenwärtigen Abklärungen da und dort zum Vorwand für ein Kürzertreten oder gar für ein Nichtstun missbraucht werden.

8. Einführung einer Gesamtverteidigungspflicht

Die verschiedentlich postulierte Einführung einer Gesamtverteidigungspflicht ist für die Träger der Gesamtverteidigung sicher eine interessante Lösung. Sie setzt aber eine Verfassungsänderung voraus. Insofern ist es sicher richtig, diese Frage unabhängig von den für das Jahr 1995 vorgesehenen Reformen weiterzuverfolgen. ▣

Répercussions de la réorganisation de l'armée (Armée 95) sur la protection civile

Présenté à la fin du mois de mai par le conseiller fédéral K. Villiger, le projet de réorganisation de l'armée aura des répercussions directes sur la protection civile, notamment parce qu'il implique un abaissement de l'âge de libération des obligations militaires à 42 ans. Ces répercussions sont actuellement examinées au sein de l'administration fédérale – avec le concours de représentants des cantons – à la lumière des travaux engagés par l'armée.



Aussi développée que puisse être la protection civile, les troupes de protection aérienne continueront de jouer un rôle décisif lors de grandes catastrophes.

En temps utile, il est prévu d'associer à ces travaux, outre les cantons, des délégués des communes ainsi que des organisations intéressées, notamment l'Union suisse pour la protection civile. Notre souci est de coordonner au mieux les mesures à mettre en œuvre et leurs implications juridiques avec celles qui touchent à la modernisation de l'armée, pour assurer la meilleure transition possible entre l'armée et la protection civile.

En définitive, toutes ces démarches doivent permettre à la protection civile de remplir encore mieux la mission qui lui est dévolue par la constitution et les

lois. Cette mission consiste, rappelons-le, à atténuer les conséquences découlant de conflits armés et à prêter main-forte aux autorités en cas d'événement grave survenant en temps de paix.

1. Poursuite des tâches assumées jusqu'à présent par les différents partenaires de la défense générale

En ce qui concerne les missions futures de l'armée, le chef du Département militaire fédéral a notamment déclaré, lors de sa conférence de presse de mai dernier, qu'il s'agit

- de renforcer le potentiel d'aide en cas de catastrophe,

- d'étendre à tout le pays, sous la forme d'un dispositif de garde, la protection des ouvrages d'importance vitale sur le double plan militaire et civil.

Si, en dépit de ces affirmations, les études en cours devaient conclure au transfert de certaines tâches, il convient d'être conscient qu'une telle solution impliquerait ipso facto la mise à la disposition des partenaires concernés de tous les moyens en personnel ainsi que des moyens matériels et financiers nécessaires à l'accomplissement de ces tâches. Quoi qu'il en soit, les autorités cantonales et communales

peuvent et doivent, à l'avenir aussi, faire appel à leurs organisations de protection civile pour soutenir, renforcer et relayer les services spécialisés chargés des premiers secours.

2. Maintien des troupes de protection aérienne

Indépendamment de l'état de préparation de la protection civile, les troupes de protection aérienne constitueront aussi à l'avenir le moyen décisif en main des autorités pour faire face à des sinistres de grande ampleur.

De par la structure par âge de leurs membres, leur instruction et leur équipement, seules ces troupes sont en mesure de remplir ce genre de mission. Il faut éviter de restreindre leur rôle et envisager au contraire de renforcer leur capacité d'intervention, en améliorant par exemple leurs équipements.

3. Réduction de 60 à 52 ans de l'âge limite prescrit pour servir dans la protection civile

La réduction de la durée du service opérée par l'armée sera répercutée au moins dans la même mesure sur la protection civile. Cette solution s'impose si l'on veut concrétiser l'objectif défini par le conseiller fédéral Villiger, à savoir faire en sorte qu'en cas de crise, l'économie et l'administration puissent conserver à leur service des classes d'âge supplémentaires de la génération active. La fixation de l'âge limite de l'obligation générale de servir des citoyens suisses à 52 ans doit permettre de diminuer sensiblement le nombre des dispenses que l'armée et la protection civile seraient amenées à accorder en cas de service actif.

4. Passage des officiers à la protection civile dès l'âge de 42 ans révolus

La réorganisation de l'armée ne doit en aucun cas entraîner la suppression des avantages introduits récemment en matière de passage des officiers à la protection civile.

Il s'agit de trouver une solution qui fixe le principe de l'incorporation de tous les militaires dans la protection civile dès la fin de l'année où ils ont atteint 42 ans. Cela étant, l'armée devra pouvoir désigner les officiers dont elle aura effectivement besoin au-delà de cet âge limite, ces officiers étant censés rester par la suite au sein de l'armée jusqu'au terme de l'âge fixé pour le service de protection civile (en principe jusqu'à 52 ans).

5. Réalisation des réformes de l'armée et de la protection civile

Les décisions qui seront prises sur la base des études menées par l'armée et la protection civile devront être concrétisées par étapes, dans le but d'assurer, le moment venu, un passage harmonieux de la classe d'âge du landsturm à la protection civile, passage qui devra être coordonné avec la libération échelonnée des personnes âgées de 53 à 60

ans, actuellement astreintes à servir dans la protection civile.

Une opération de passage et de libération «unique» provoquerait en quelque sorte un démantèlement des structures de conduite et du potentiel de spécialistes des organisations de protection civile des communes. Une telle solution augmenterait par ailleurs considérablement les besoins en matière d'instruction. En effet, d'une part, il s'agirait de dispenser l'instruction de base aux quelque 170 000 militaires nouvellement astreints à servir dans la protection civile et, d'autre part, de pourvoir au remplacement des cadres et spécialistes libérés du service de protection civile.

Parallèlement à la mise au point des modalités du passage des militaires à la protection civile, il s'agira aussi de régler les questions de l'utilisation d'une

protection civile en cas d'urgence», dès lors que l'application desdites recommandations n'implique pas une modification de la législation.

7. Poursuite de la réalisation du programme de protection civile

Vu que l'élaboration des décisions liées aux réformes de l'armée et de la protection civile exige du temps – de sorte que les décisions en question n'entreront en vigueur que dans quelques années –, il importe de poursuivre les efforts pour améliorer l'organisation, l'instruction et les constructions de la protection civile.

A cet égard, une attention accrue doit être accordée à l'instruction en général et notamment à la préparation et à l'exécution minutieuses des exercices annuels qui se déroulent dans les communes.



Les autorités cantonales et communales pourront également continuer de faire appel aux organisations de protection civile (OPC) des communes pour aider, renforcer ou relayer les spécialistes en premiers secours.

partie de l'équipement personnel remis aux militaires (en particulier les chaussures, la pèlerine, le masque de protection, le casque), de l'introduction d'un livret de service unique et encore d'autres problèmes similaires.

6. Intervention de la protection civile en cas d'urgence

Parallèlement aux adaptations de la législation sur la protection civile rendues nécessaires par la réforme de l'armée, il est prévu de préciser les bases légales dans le but d'améliorer au maximum les possibilités d'intervention de la protection civile lors d'événements graves survenant en temps de paix. Indépendamment de cette démarche, il importe que les cantons et les communes s'emploient rapidement et résolument à mettre en œuvre les recommandations formulées à leur intention par les auteurs du rapport de décembre 1987 «Intervention de la pro-

tection civile en cas d'urgence», dès lors que l'application desdites recommandations n'implique pas une modification de la législation.

8. Création d'un service de défense générale

La proposition, fréquemment formulée, visant à créer un service de défense générale constitue une idée intéressante pour les partenaires de la défense générale. Une telle solution requiert toutefois une modification de la constitution. Il en résulte que ce postulat devrait tout naturellement être approfondi indépendamment des réformes prévues pour l'année 1995. ▀

Conseguenze del progetto «Esercito 95» per la protezione civile

Le intenzioni circa la ristrutturazione dell'esercito con abbassamento dell'obbligo di prestare servizio militare al 42° anno d'età, presentate dal Consigliere federale K. Villiger alla fine di maggio di quest'anno, si ripercuoteranno direttamente sulla protezione civile. Attualmente all'interno della Confederazione si stanno verificando queste ultime assieme ai cantoni e le si coordina con i chiarimenti dell'esercito. Oltre ai cantoni si intende coinvolgere tempestivamente nei lavori anche i rappresentanti dei cantoni e degli organismi interessati quale l'Unione svizzera per la protezione civile.

È nostra intenzione coordinare le misure da adottare e la loro realizzazione giuridica con gli sforzi dell'esercito, onde garantire un passaggio privo di ostacoli.

Dell'Ufficio federale della protezione civile (UFPC)

Lo scopo di tutte le misure dev'essere quello di garantire e, nel limite del possibile, migliorare il compito della protezione civile descritto nella Costituzione e nelle leggi sulla protezione civi-

le, cioè attenuare le conseguenze dei conflitti bellici e aiutare le autorità competenti in caso di situazioni d'emergenza che si verificano in tempo di pace.

Dal punto di vista dell'Ufficio federale della protezione civile le risposte alle domande poste finora sono:

1. Continuare i compiti finora tutelati dai singoli partner della difesa integrata

Come ha spiegato il capo del Dipartimento militare federale in occasione

della conferenza stampa tenuta in maggio, l'Esercito 95 dovrebbe

- migliorare la capacità di aiutare in caso di catastrofe,
- garantire la protezione degli oggetti civili e militari importanti dal punto di vista bellico e della vita, mediante un dispositivo di sorveglianza ripartito su tutto il paese.

Qualora nel quadro delle verifiche in corso si prendesse in considerazione l'eventualità di trasmettere alcuni compiti ad altri partner, sarebbe indispensabile mettere a loro disposizione anche il personale, il materiale e i mezzi finanziari necessari. Independentemente da questo fatto, le organizzazioni di protezione civile dei comuni (OPC) possono e devono sempre essere a disposizione delle autorità cantonali e comunali per sostenere, rafforzare o dare il cambio ai soccorritori specializzati.

2. Mantenimento delle truppe della protezione antiaerea

Independentemente dal livello di sviluppo della protezione civile le truppe della protezione antiaerea rimangono il mezzo decisivo per creare un punto di forza in caso di danni gravi. Esse sono le sole a potersi assumere questa funzione a causa dell'età, dell'istruzione e



Le autorità comunali e cantonali potranno sempre chiamare le organizzazioni di protezione civile (OPC) per sostenere, rafforzare o dare il cambio ai soccorritori specializzati.

Indipendentemente dal livello della protezione civile, le truppe della protezione antiaerea rimangono dei mezzi decisivi per la creazione di punti di forza in caso di danni gravi.



dell'equipaggiamento. È quindi opportuno rafforzarle un po' piuttosto che indebolirle. Tale rafforzamento potrebbe anche concretizzarsi in un equipaggiamento ancora più efficiente.

3. Abbassamento dell'età di servizio dal 60° al 52° anno d'età

L'età di servizio va abbassata almeno nella stessa misura di quella per l'esercito. In questo modo si libera un potenziale di forze da impiegare nell'economia e nell'amministrazione che, a detta del Consigliere federale Villiger, dovrebbe essere in grado di garantire «la continuità di funzionamento della Svizzera». L'abbassamento dell'obbligo generale di prestare servizio al 52° anno permette di sgravare notevolmente l'esercito e la protezione civile nel campo delle dispense dal servizio attivo.

4. Passaggio degli ufficiali alla protezione civile alla fine del 42° anno d'età

Le riforme concernenti la struttura dell'esercito non devono peggiorare la regolamentazione, recentemente introdotta, riguardo al passaggio degli ufficiali alla protezione civile. Sarebbe auspicabile trovare una soluzione che preveda il passaggio dei militari e degli ufficiali alla protezione civile alla fine del 42° anno. L'esercito dovrebbe però avere il diritto di decidere di quali ufficiali ha effettivamente bisogno, anche quando essi hanno oramai oltrepassato il 42° anno. Per principio tali ufficiali dovrebbero rimanere al servizio dell'esercito fino alla fine dell'obbligo di prestare servizio (p.es. il 52° anno).

5. Realizzazione delle riforme riguardanti l'esercito e la protezione civile

Le decisioni prese in merito all'esercito e alla protezione civile devono essere messe in atto progressivamente, allo scopo di garantire un passaggio ordinato della classe di leva Landsturm alla protezione civile, parallelamente al licenziamento scaglionato dei membri della protezione civile che hanno già compiuto i 52 anni.

Un passaggio risp. licenziamento «unico» provocherebbe in un certo senso un appassimento delle strutture di conduzione e degli specialisti delle organizzazioni di protezione civile dei comuni. Inoltre, adottando una soluzione del genere, ci si ritroverebbe di colpo un volume smisurato di persone da istruire, dato che da una parte si dovrebbe garantire l'istruzione di base dei ca. 170 000 militi che passano alla protezione civile e, dall'altra parte, quella dei capi e degli specialisti da sostituire. Assieme alla nuova regolamentazione circa il passaggio dei militi alla protezione civile si deve pure verificare l'ulteriore utilizzazione di oggetti adeguati facenti parte dell'equipaggiamento personale (in particolare scarpe, impermeabile, maschera di protezione, casco), l'introduzione di un libretto di servizio comune e questioni simili.

6. Impiego della protezione civile per i soccorsi urgenti

Nel quadro degli adeguamenti della legislazione di protezione civile determinati dalla riforma dell'esercito si ha l'intenzione di creare le prerogative legali per ottenere il miglior impiego possibile. Indipendentemente da ciò i can-

toni e i comuni dovrebbero mettere in pratica velocemente e in modo adeguato i consigli loro destinati contenuti nel rapporto «Impiego della protezione civile per i soccorsi urgenti» del dicembre 1987, i quali non implicano cambiamenti delle basi legali.

7. Ulteriore sviluppo ed espansione della protezione civile

Dato che la messa in pratica delle decisioni prese in base alle verifiche concernenti l'esercito e la protezione civile richiede tempo ed avverrà quindi solo tra qualche anno, bisogna concentrare tutti gli sforzi sullo sviluppo e l'espansione delle misure che riguardano l'organizzazione, l'istruzione e l'edilizia. A questo proposito è particolarmente significativa l'istruzione, segnatamente la preparazione e l'esecuzione accurata delle esercitazioni che si tengono annualmente all'interno dei comuni. Si tratta in fondo di evitare che le attuali verifiche diventino qua e là un pretesto per rallentare o addirittura arrestare la marcia.

8. Creazione di un servizio di difesa integrata

La creazione di un servizio di difesa integrata, postulata in diverse occasioni, costituisce sicuramente una soluzione interessante per i rappresentanti della difesa integrata. Essa implica però una modifica della Costituzione. Da questo punto di vista è sicuramente giusto continuare a seguire tale questione indipendentemente dalle riforme previste per il 1995. ▀

Neue Weisungen des BZS über die Absolvierung und Durchführung der Zivilschutzkurse

Verkürzte Ausbildung in den SRO

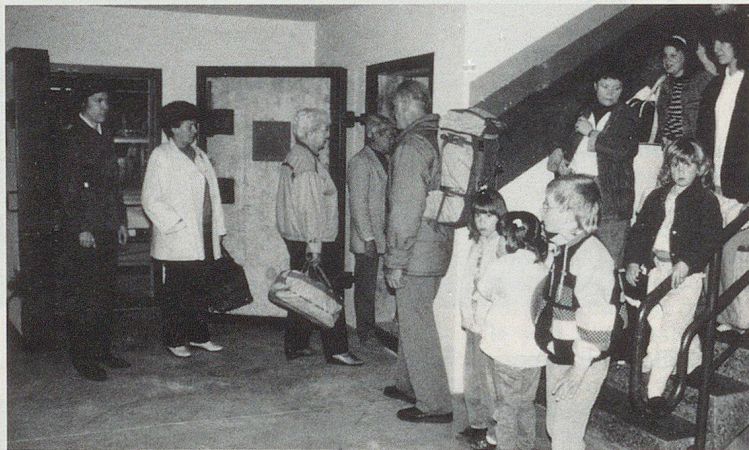
Ab 1. Januar 1990 durchlaufen Schutzraumchefs, Schutzraumchef-Stellvertreter, Chefs Schutzraumhauptabteil, Chefs Schutzraumabteil und Dienstchefs Schutzraumorganisationen einen um drei Tage verkürzten Ausbildungsgang: Die drei Tage Einführungskurs für Mehrzweckpioniere entfallen, künftige Schutzraumchefs absolvieren nach dem zweitägigen Einführungskurs allgemeiner Teil direkt den fünftägigen Grundkurs für Schutzraumchefs.

amk. Das Thema ist in Gemeinden, Kantonen und beim Bundesamt bekannt: Es fehlen Tausende von Schutzraumchefs, Funktionsträger, die im Zusammenhang mit dem konzeptionsgemässen Vollzug des Bevölkerungsschutzes eine wichtige Aufgabe innehaben; denn sie tragen die Verantwortung für die Anleitung und Betreuung der Bevölkerung vom Einrichten der Schutzräume bis zur Beendigung des Schutzraumaufenthaltes.

Anlässlich des letzten Eidgenössischen Rapportes mit den Chefs der kantonalen Ämter für Zivilschutz wurde das Problem diskutiert. Das BZS legte damals dar, dass es offenbar unter den heutigen Gegebenheiten schwierig, beinahe unmöglich sei, die nötige Anzahl genügend qualifizierter Schutzraumchefs erfassen, einteilen und ausbilden zu können. Zudem werde die Grundausbildung zum Schutzraumchef sowohl für die Schutzdienstpflichtigen als auch in bezug auf die verfügbaren Instruktoren als zeitlich zu aufwendig erachtet.

Jetzt noch gültige Regelung

Geltenden Richtlinien zufolge benötigt man in der Schweiz rund 95 000 Schutzraumchefs, Schutzraumchef-Stellvertreter und Chefs Schutzraumhauptabteil sowie rund 95 000 Chefs



In den Gemeinden fehlen vor allem Schutzraumchefs. (Foto: BZS)

Schutzraumabteil. Gemäss den «Weisungen über die Absolvierung und Durchführung der Zivilschutzkurse» (WZSK) vom Januar 1985 absolvieren diese Funktionsträger den Einführungskurs allgemeiner Teil, den Einführungskurs für Mehrzweckpioniere und den Grundkurs für Schutzraumchefs; diese Ausbildung dauert insgesamt zehn Tage. Das Ausbildungsvolumen wird zudem noch erhöht durch diejenigen Funktionsträger, deren Ausbildung auf derjenigen des Schutzraumchefs aufbaut. Es handelt sich dabei um die Blockchefs, die Quartierchefs und ihre Stellvertreter sowie die

Dienstchefs Schutzraumorganisationen mit einem gesamtschweizerischen Bestand von rund 17 000 Schutzdienstpflichtigen.

Neue Regelung ab 1. Januar 1990

Nachdem am erwähnten Eidgenössischen Rapport die kantonalen Chefs sich für die Abkürzung des Ausbildungsganges für Schutzraumchefs – sie bringt eine Reduktion des Ausbildungsvolumens von etwa 30% – entschieden hatten, nahm das BZS die notwendigen Schritte vor, indem es im Anhang zu den WZSK die Weisungen bezüglich der SRO überarbeitete und den dreitägigen Kurs Nr. 250 – Einführungskurs für Mehrzweckpioniere –

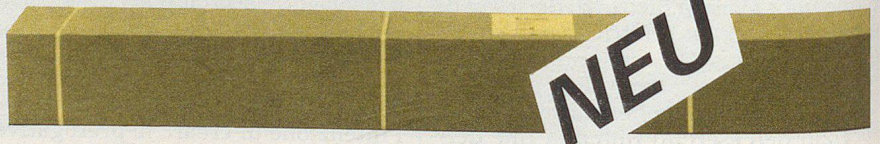
aus dem Ausbildungsgang für Schutzraumchefs strich. Die Überarbeitung der Ausbildungsunterlagen Grundkurs für Schutzraumchefs ist ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der definitiven Fassung des Schutzraumhandbuchs vorgesehen. Bis dahin sollte der Grundkurs für Schutzraumchefs in der bestehenden Form durchgeführt werden, um eine gesamtschweizerische Einheitlichkeit in der Ausbildung dieser Funktionsträger zu gewährleisten; damit sind kleinere Anpassungen an die besonderen kantonalen oder regionalen Gegebenheiten nicht ausgeschlossen. ▣

Aussen: 16 × 16 × 190 cm.

Was sich in öffentlichen Schutzräumen bewährt, ist auch für den Privatbereich erhältlich:

Das Paket voller ACO-Dienstleistungen und einer Dreier-Zivilschutzliege «Kombi».

Mit diesem Paket trägt ACO wesentlich zur verantwortungsvollen Tätigkeit von ZS-Profis bei. Wir liefern Ihnen fixfertig verpackte, vielseitig nutzbare und BZS-schock-geprüfte Liegestellen. Stapelbar, mit einfachster Steckmontage und Höhenverstellbarkeit je 50 mm.



NEU

Nouvelles prescriptions de l'OFPC concernant l'accomplissement et l'organisation des cours de protection civile

Formation accélérée des responsables des organismes d'abri

Dès le 1^{er} janvier 1990, la formation des chefs d'abri et de leurs suppléants, ainsi que des chefs de compartiment d'abri et des chefs d'un service d'organisme d'abri sera raccourcie de trois jours. En effet, les trois jours du cours d'introduction pour sapeurs-pompiers polyvalents tombent, de sorte que les futurs chefs d'abri pourront suivre le cours de base de cinq jours pour chefs d'abri directement après le cours d'introduction partie générale, d'une durée de deux jours.

amk. Le problème est bien connu des responsables fédéraux, cantonaux et communaux de la protection civile: il manque, dans l'ensemble du pays, des milliers de chefs d'abri. Or, ceux-ci jouent un rôle indispensable pour atteindre les objectifs fixés en matière de protection de la population, puisqu'ils sont chargés d'informer et d'assister la population dès le début de la phase de préparation des abris, jusqu'à la fin de la phase d'occupation.

Ce problème a été abordé lors du dernier rapport fédéral réunissant les chefs des offices cantonaux de la protection civile. A cette occasion, les responsables fédéraux ont expliqué qu'il leur semblait difficile, sinon impossible, dans les circonstances actuelles, d'incorporer et de former assez de chefs d'abri qualifiés. Ils ont ajouté qu'à leur avis la formation des chefs d'abri accaparait trop d'instructeurs et prenait aussi trop de temps aux personnes astreintes à servir dans la protection civile.

Réglementation actuelle

Selon les directives actuellement en vigueur, le nombre nécessaire des chefs



Les communes manquent avant tout de chefs d'abri. (Photo: OFPC)

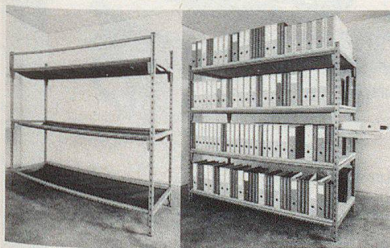
d'abri, suppléants des chefs d'abri et chefs d'un compartiment principal d'abri s'élève à environ 95000 pour l'ensemble du pays, tandis que l'effectif des chefs de compartiment d'abri se monte également à 95000 personnes à

peu près. Or, en vertu des prescriptions de l'Office fédéral de la protection civile du 1^{er} janvier 1985 concernant l'accomplissement et l'organisation des cours de la protection civile, les cadres précités doivent suivre le cours d'introduction, partie générale, le cours d'introduction pour sapeurs-pompiers polyvalents et le cours de base pour chefs d'abri. Au total, cette formation dure donc dix jours. Le programme d'instruction est encore plus long pour les titulaires de fonction dont la formation comprend celle d'un chef d'abri, c'est-à-dire pour les chefs d'îlot, les chefs de quartier, suppléants des chefs de quartier et pour les chefs d'un service d'organisme d'abri. L'effectif réglementaire de ces différents responsables est d'environ 17000 personnes pour la totalité du territoire.

Nouvelle réglementation, applicable dès le 1^{er} janvier 1990

Une fois que les chefs cantonaux se furent prononcés, lors du rapport fédéral précédemment évoqué, en faveur d'un raccourcissement (représentant une réduction du programme d'instruction de quelque 30%) de la filière de formation des chefs d'abri, l'OFPC a mis cette réforme en œuvre, en remaniant les instructions concernant les organismes d'abri et en retranchant, de la filière de formation susmentionnée, le cours N° 250 (cours d'introduction pour sapeurs-pompiers polyvalents, d'une durée de trois jours). Il est prévu de réviser la documentation relative au cours de base pour chefs d'abri dès que la version définitive du manuel des services d'abri sera entrée en vigueur. Ce cours ne doit toutefois pas être modifié jusque-là, pour que l'instruction de ces titulaires de fonction reste uniforme dans toute la Suisse. Certes, de légères adaptations du cours en fonction des particularités cantonales ou régionales restent possibles. ▀

Innen: Drei multifunktionale Liegen/Regale.



Für den Einsatz als Liegestelle, Regal, Hurde usw.

ACO Zivilschutzmobiliar.

Topqualität zu vernünftigen Preis.



ACO-Zivilschutzmaterial
Allenspach & Co. AG
Untere Dünnerstrasse 33
4612 Wangen bei Olten
Telefon 062 32 58 85-88
Telefax 062 32 16 52

Verlangen Sie die Adresse Ihrer Regionalvertretung!

Info-Coupon

Bitte senden Sie uns detaillierte Unterlagen mit Bezugsquellennachweis.

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

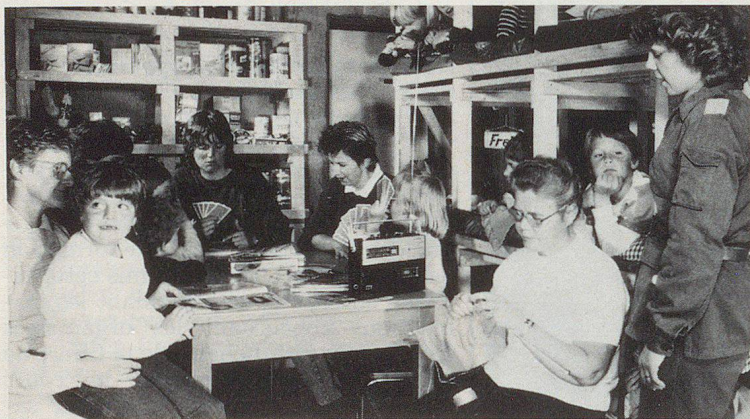
Telefon _____

Zuständig für _____

Nuove istruzioni dell'UFPC concernenti l'assolvimento e lo svolgimento dei corsi di protezione civile

Istruzione abbreviata negli O ri

A partire dal 1° gennaio 1990 l'iter formativo per i capi rifugio, i loro sostituti, i capi di scomparto principale di rifugio, i capi di scomparto di rifugio e i capi servizio degli organismi di protezione verrà ridotto di tre giorni. Verranno infatti eliminati i tre giorni di corso introduttivo per pionieri polivalenti. I futuri capi rifugio frequenteranno direttamente il corso di base per capi rifugio dopo aver assolto il corso introduttivo parte generale, della durata di due giorni.



Nei comuni mancano soprattutto capi rifugio. (Foto: UFPC)

amk. I comuni, i cantoni e il Consiglio federale conoscono il problema: mancano tuttora migliaia di capi rifugio, titolari di funzione che hanno un compito importante nella realizzazione della protezione della popolazione ai sensi della concezione. Essi sono infatti responsabili di guidare e assistere la popolazione dal momento in cui viene arredato il rifugio fino al termine del soggiorno all'interno dello stesso.

Il problema fu discusso in occasione dell'ultimo Rapporto federale con i capi degli uffici cantonali della protezione civile. In quell'occasione l'UFPC ha

dichiarato che nelle condizioni attuali è difficile, anzi quasi impossibile designare, incorporare e istruire il numero di capi rifugio sufficientemente qualificati necessario. Inoltre l'istruzione di base per capi rifugio implica un dispendio di tempo eccessivo, sia per le persone tenute a prestare servizio di protezione civile, sia per gli istruttori disponibili.

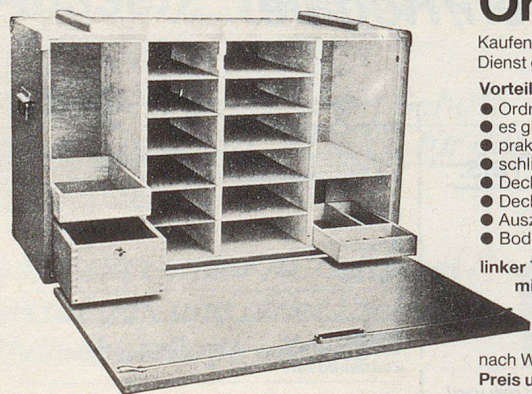
Regolamentazione tuttora in vigore

In base alle istruzioni attualmente in vigore in Svizzera occorrono circa 95 000 capi rifugio, sostituti del capo

rifugio e capi di scomparto principale di rifugio, e inoltre ca. 95 000 capi di scomparto di rifugio. Giusta le «istruzioni provvisorie concernenti l'assolvimento e lo svolgimento dei corsi della protezione civile» (ICPCi) del gennaio 1985 questi titolari di funzione frequentano il corso introduttivo parte generale, il corso introduttivo per pionieri polivalenti e il corso di base per capi rifugio. Quest'istruzione dura complessivamente dieci giorni. Inoltre il volume d'istruzione viene ulteriormente aumentato dai titolari di funzione la cui istruzione è fondata su quella di capo rifugio. Si tratta dei capi isolato, dei capi quartiere e dei loro sostituti come pure dei capi servizio degli organismi di rifugio, il cui effettivo conta, a livello svizzero, ca. 17 000 persone tenute a prestare servizio di protezione civile.

Nuova regolamentazione valida a partire dal 1° gennaio 1990

Dopo che, in occasione del Rapporto federale summenzionato, i capi cantonali avevano deciso di ridurre l'iter formativo per capi rifugio – ne consegue una riduzione del volume d'istruzione pari al 30% circa – l'UFPC compì i passi necessari rielaborando le istruzioni in merito agli O ri allegate alle ICPCi e togliendo dal programma il corso N° 250 – corso introduttivo per pionieri polivalenti – della durata di tre giorni. Si prevede di rielaborare il sussidio didattico corso di base per capi rifugio al momento in cui entrerà in vigore l'edizione definitiva del manuale dei rifugi. Fino a quel momento il corso di base per capi rifugio va svolto nella forma attuale onde garantire, a livello svizzero, una certa unità per quanto riguarda l'istruzione di questi titolari di funzione. Non sono tuttavia esclusi piccoli adeguamenti alle circostanze particolari di un cantone o di una regione. ▲



Ordnung im WK!

Kaufen auch Sie für den nächsten WK eine solche Bürokiste, denn dieses ideale Hilfsmittel erleichtert Ihnen den Dienst ganz enorm.

Vorteile

- Ordnung im ganzen Bürobetrieb
- es gibt kein Suchen mehr, denn sämtliche Formulare und Unterlagen sind stets griffbereit
- praktisches, ausziehbares Kistli für die Verteilung des Soldes
- schliessbare Schublade für Kasse und Akten
- Deckel ist versenkt montiert, so dass vor Transportschäden geschützt
- Deckel wegnehmbar montiert
- Auszugfach für die Schreibutensilien mit 4 Stempelhaltern
- Boden und Beschläge durch Leisten geschützt

linker Teil: Platz für Schreibmaschine, 1 Kistli für Soldsäckli, schliessbare Schublade

mittlerer Teil: je 5 Auszugtable für Format A4 und A5

rechter Teil: Abteil für die Buchhaltung, fasst 2 Bundesordner von 8 cm Rückenbreite, Auszugfach für die Schreibutensilien mit Einteilung

Ausführung: tadellose Qualitätsarbeit – aussen dreimal Ölfarbe gestrichen, Vorderansicht mit Aufschrift nach Wunsch, pro Buchstaben Fr. 1.50

Preis und Lieferfrist: Fr. 455.– ab Zäziwil, 10 Tage nach Bestimmungseingang

Alleinhersteller: Obi AG, Schreinerei, 3532 Zäziwil, Telefon 031 91 04 64-65